

Differenzierte Biografien, differenzierte Integration: ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und den DDR-Regierungsdienststellen (1948-1957)

Kuhlemann, Jens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kuhlemann, J. (2010). Differenzierte Biografien, differenzierte Integration: ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und den DDR-Regierungsdienststellen (1948-1957). *Historical Social Research*, 35(3), 95-116. <https://doi.org/10.12759/hsr.35.2010.3.95-116>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Differenzierte Biografien, differenzierte Integration: Ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und den DDR-Regierungsdienststellen (1948-1957)

Jens Kuhlemann *

Abstract: »Diverse Biographies, Varying Integration: Former National Socialists in the 'German Economic Commission' and GDR Government Bodies (1948-1957)«. The integration of former National Socialists in the 'German Economic Commission' and various GDR government bodies between 1948 and 1957 strongly depended on their loyalty to the new socialist state, their qualifications, their performance, several socio-political criteria, their combatant/POW status in the war, and of course the degree of their entanglement with National Socialism before 1945. There was no general exoneration but a differentiated evaluation of the hundreds of former NSDAP members, SA and SS troops in the GDR administration as a study shows that is based on 150 cases. Since the ideological significance was extraordinarily high, the individual cases had to be weighted to formal principles of cadre policy and substantial interests of authoritarian rule. Basically, a tainted biography rather disqualified for a top-level position. However, on the lower and medium levels of the apparatus, individuals who met the functional demands, who seemed to have adopted a "socialist consciousness", and who formally embraced the Marxist-Leninist doctrine were allowed to embark on amazing post-war careers in East Germany. This especially holds true for the economic management departments. Just like in West Germany, a typical excuse of the respective persons was their passiveness during the time of National Socialism and a solely nominal membership status in the above-mentioned NS organizations. Subjects to Allied denazification, their average offense had indeed been a minor one. Nevertheless there are various examples that persons tried to whitewash their past in order to qualify for the employment in the GDR state apparatus.

Keywords: GDR elites, National Socialism, NSDAP membership, Elite continuity, Denazification.

1. Einleitung

War die SED „der große Freund der kleinen Nazis“, wie ein geflügeltes Wort aus der Nachkriegszeit besagt? Die Ergebnisse einer Untersuchung des sozialen und politischen Profils von über 150 behördenbekannten ehemaligen Mitglie-

* Address all communications to: Jens Kuhlemann, Warchauer Weg 7, 39307 Karow, Germany; e-mail: jenskuhlemann@gmx.de.

dern der NSDAP, SA und SS im Personal der DDR-Regierungsdienststellen und ihrer Vorläuferin, der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), werden im Folgenden zusammengetragen, um eine Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen kommunistischer Machtelite und NS-belasteten Angehörigen der zentralen Staatsverwaltung in Ostdeutschland zu finden.¹ Die Anforderungen, die für eine Wiedereingliederung gestellt wurden, sind dabei ebenso zu ergründen wie die Frage, in welchem Maße ihnen der genannte Personenkreis entsprach.

2. Gesellschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen

Von grundlegender Bedeutung für den Aufbau einer postfaschistischen Gesellschaft in der SBZ/DDR war für die neuen kommunistischen Machthaber das Weltbild des Marxismus-Leninismus und des Klassenkampfes. Ihre kompromisslos vertretene Ideologie unterschied zwischen Kapitalisten und Bourgeoisie auf der einen Seite sowie der Arbeiterklasse und ihrer „Vorhut“, der SED, auf der anderen. Im geteilten Berlin prallten die Systeme in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit so stark aufeinander wie nirgendwo sonst auf der Welt. Im Kalten Krieg wähten sich die Kommunisten dabei umgeben von Agenten und Saboteuren, die angeblich im Auftrag des „Klassenfeindes“ aus dem Westen den Aufbau des Sozialismus verhindern wollten, weil er die Machtbasis des Monopolkapitals zu vernichten drohte. Gleichzeitig sollte das öffentliche Leben von Trägern des besiegten NS-Regimes personell bereinigt werden. Die Verbindung von sozialistischer Weltanschauung und Antifaschismus bestimmte daher den Doppelcharakter der Entnazifizierung. Auch nach ihrer offiziellen Beendigung in der SBZ 1948 und in (Ost-)Berlin 1949 hielten die Säuberungen kontinuierlich an, um die Zuverlässigkeit und Lenkbarkeit der Apparate zu optimieren. Dabei wurden Gegner der SED aus der Verwaltung entlassen und Unterstützer gefördert. Ehemalige Parteigenossen der NSDAP (PGs) waren hiervon genauso betroffen wie andere Kader.²

Die ehemaligen Nationalsozialisten erhielten dadurch die Chance, sich über politische Loyalität zur SED und gute Arbeit im Laufe der Zeit zu bewähren,

¹ Die Untersuchung wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert und von Prof. Dr. Lutz Niethammer an der Universität Jena betreut. Im Januar 2005 wurde sie als Doktorarbeit angenommen [Jens Kuhlemann: Braune Kader. Ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und der DDR-Regierung (1948-1957). (Band 1: Soziales, Bildung und Beruf; Band 2: Politische Orientierungen; Band 3: NS-belastete hohe Staatsfunktionäre.) Dissertation, Universität Jena, 2005]. Die Promotionschrift soll in zweiter, gekürzter Auflage voraussichtlich 2010 unter gleichem Titel in Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 580 erscheinen. Dieser Artikel stellt, leicht überarbeitet, das darin enthaltene Schlusskapitel „Ergebnisse und Ausblick“ dar.

² Zu den in diesem Abschnitt genannten Rahmenbedingungen siehe detaillierte Darstellungen in: Kuhlemann 2005, 45-151.

einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu erlangen oder beizubehalten und sich auf diese Weise zu resozialisieren. Für die nominellen NSDAP-Mitglieder unter ihnen lautete so auch stets die offizielle Politik der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und der DDR-Führung. Bereits während der Entnazifizierung begann die Rückgabe bürgerlicher Rechte. Dieser Prozess mündete in der völligen gesetzlichen Gleichberechtigung 1949 und 1952. Die Wiedereingliederung war zum einen Ausdruck der sich stabilisierenden Nachkriegsordnung, die sich gegen eine mögliche „faschistische Konterrevolution“ zunehmend gewappnet sah. Zum anderen drückte sie einen Zwang aus, zur Stärkung der Wirtschaft und zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung auf NS-belastete Fachkräfte zurückzugreifen. Internen Säuberungsidealen stand somit die Notwendigkeit der fachlichen Effizienz entgegen, da politisch unbelastete und zugleich ideologisch bewusste Kräfte bis mindestens zum Ende der Fünfzigerjahre hin nicht ausreichend zur Verfügung standen. Unter diesen Bedingungen wurde in der alten Reichshauptstadt eine neue staatliche Verwaltung aufgebaut, die Deutsche Wirtschaftskommission, die 1949 fast nahtlos in die DDR-Regierungsdienststellen überging. Für die Heranziehung des Personals war hier wie auch gesamtgesellschaftlich die SED-Kaderpolitik maßgeblich. Eine persönliche NS-Vergangenheit stellte eines ihrer relevanten Merkmale dar und wurde mit einer Reihe anderer Kriterien abgewogen.

Am Anfang stand dabei die Identifizierung als ehemaliger Nationalsozialist, die vor allem über formale Mitgliedschaften in der NSDAP und anderen NS-Organisationen stattfand. Sie hielt auch nach dem offiziellen Ende der Entnazifizierung in Form einer entsprechenden Mitteilungspflicht in Fragebögen an, die bei verschiedenen Behörden und Arbeitgebern auszufüllen waren. Sie untergrub die gesetzlich versprochene Wiedereingliederung, da sie in zahlreichen Fällen zu einer real anhaltenden Ausgrenzung führte. Die früheren NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR reagierten darauf mit Enttäuschung und beklagten sich bei staatlichen Stellen über ihre Diskriminierung. Sie wünschten sich ein Ende der sozialen Ausgrenzung, aber auch bessere berufliche und wirtschaftliche Perspektiven. Ein Engagement für die neue Ordnung aus politischer Überzeugung ist bei einigen nicht auszuschließen oder sogar wahrscheinlich, aber kaum zu beweisen. Auf der anderen Seite bekundeten vor allem Teile der SED-Basis Unmut über die Reintegrationspolitik. Sie leisteten passiven Widerstand, den die Machtelite teilweise billigte. Es kam vor, dass empörte Personen den Staatsorganen Mitteilungen machten, um eine NS-Belastung bestimmter Angestellter zur Kenntnis zu bringen. Ziel war meist die Entlassung der Betroffenen. Teilweise handelte es sich um Informationen, die die Behörden noch nicht kannten. Eine Anzeige war eines der wenigen Mittel, um Protest gegen die Personal- und Wiedereingliederungspolitik von Staat und Partei zu erheben. In anderen Fällen ging es um Rache, Intrigen und Erpressung.

Der Widerstand in den Reihen der SED drückte sich in emotionaler Aversion, Misstrauen sowie fortbestehender beruflicher und gesellschaftlicher Be-

nachteiligung der PGs aus. Zu den über 150 in der erwähnten Forschungsarbeit näher untersuchten NSDAP-, SA- und SS-Mitgliedern ist eine Vorenthaltung juristisch verbriefter Rechte dem Grundsatz nach nicht wortwörtlich und nicht hinsichtlich konkreter Einzelpersonen bekannt. Der Umstand, dass sie vielfach gute oder hervorragende, nur schwer zu ersetzende Fachleute waren, die sich politisch anpassungsfähig zeigten, wird dazu beigetragen haben, dass so gut wie keine Anzeichen für deren zwischenmenschliche Herabsetzung oder sonstige Benachteiligung am Arbeitsplatz aktenkundig wurden. Sie sollten nicht verprellt oder gar dem „Klassenfeind“ zugetrieben werden. Grundsätzlich haben aber auch nur wenige Menschen von der NS-Belastung dieser Angestellten gewusst. Allgemein erfuhren ehemalige PGs Zurücksetzungen aufgrund ihrer NS-Belastung, sie bekamen jedoch häufig andere Gründe dafür genannt. Außerdem wurde eine NS-Vergangenheit intern als Erklärungsoption und Zusatzbelastung hinzugezogen, wenn noch weitere negative Merkmale im Raum standen. Darüber hinaus waren personelle Konzentrationen ungünstiger Kadermerkmale, wie sie eine NSDAP-Zugehörigkeit darstellte, in einzelnen Verwaltungsbereichen zu vermeiden, da eine erhöhte Gefahr, gegnerisch eingestellt zu sein, vermutet wurde.

Insgesamt stellten ehemalige NSDAP-Mitglieder, die bereits vereinzelt in den Deutschen Zentralverwaltungen arbeiteten, in der DWK nur 1 bis 2 Prozent aller Verwaltungsangestellten und in den DDR-Ministerien 5 bis 6 Prozent. In kompetenzärmeren Organen wie den Länderverwaltungen lag das Niveau mitunter doppelt so hoch. Der Ost-Berliner Staatsapparat sollte mehr als andere Behörden mit Kadern besetzt sein, die keinen Anlass boten, an ihrer politischen Zuverlässigkeit zu zweifeln. Im zentralen Staatsapparat bildeten die PGs also numerisch eine kleine Randgruppe, die jedoch politisch geeignet war, die antifaschistische Staatsdoktrin in Frage zu stellen. Die SED-Spitze und die Staatsführung hüllten sich über sie daher in Schweigen, um dem Ausland keinen Angriffspunkt zu bieten und Unruhe im eigenen Lager zu vermeiden. Dies geschah vor dem Hintergrund einer von massivem Fachkräftemangel geprägten Personalsituation in der zentralen Staatsverwaltung. Obwohl der Verwaltungsapparat bis Ende der Fünfzigerjahre insgesamt stark anwuchs, war die Beschaffung fachlich geeigneter Kader umso schwieriger, je höher und anspruchsvoller sich die zu besetzende Position ausnahm. Der hohe Grad unbesetzter Planstellen in der DWK und in den frühen Fünfzigerjahren in der DDR-Regierung ist ein Beleg dafür, dass an die vollständige Ausschaltung der in manchen Verwaltungszweigen hohen Präsenz bürgerlicher und NS-belasteter Fachkräfte anfangs nicht zu denken war.

3. Soziales, Bildung und Beruf

Was soziale Merkmale des NS-Samples anbelangt,³ so sticht der hohe Anteil der zur Zeit ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Wirtschaftskommission Verheirateten hervor. Viele von ihnen hatten Kinder. Dies beeinflusste die Anpassungszwänge nicht unwesentlich, da sich die Mobilität verringerte. Zu den wirtschaftlichen Verhältnissen, einer durch die Sozialpolitik begründeten Anstellung körperbehinderter Menschen oder Aspekten des „moralischen Lebenswandels“ lassen sich entweder keine genauen Aussagen treffen oder im Vergleich zu den übrigen Angestellten keine nennenswerten Unterschiede erkennen. Vor ihrer Einstellung bei der DWK hat der Großteil der untersuchten ehemaligen NSDAP-, SA- und SS-Mitglieder irgendwann einmal, unmittelbar zuvor oder seit jeher in Berlin gelebt und gearbeitet. Hinzu kam eine Reihe von Kadern, die im direkt angrenzenden Brandenburger Umland wohnte. Heimatvertriebene „Umsiedler“ waren in der DWK viermal weniger vertreten als im gesamten öffentlichen Dienst der SBZ. Sie galten als Risikogruppe, da ihre Vergangenheit kaum überprüfbar war. Eine genaue Quantifizierung ist für die untersuchten NS-Belasteten nicht möglich. Zwar waren manche von ihnen in den nach dem Zweiten Weltkrieg abgetretenen deutschen Ostgebieten oder in osteuropäischen Staaten wohnhaft. Einige davon waren auch eindeutig in den verlorenen Regionen verwurzelt und hatten dort ihren Lebensmittelpunkt. Bei anderen, die nur einige Jahre in den entsprechenden Landstrichen verbrachten, bestehen jedoch Zweifel, ob sie sich selbst überhaupt als Flüchtlinge empfanden oder echte Vermögens- und sonstige Verluste zu verzeichnen hatten.

Die Frauenquote innerhalb der Gruppe der ehemaligen Nationalsozialisten fiel im Vergleich zum Gesamtpersonal der DWK und DDR-Regierung auffallend niedrig aus. Das war eine Folge des Umstandes, dass NS-Belastete im zentralen Staatsapparat vor allem dann eine Anstellung fanden, wenn sie ihr politisches Manko mit einer überdurchschnittlich guten Fachqualifikation kompensieren konnten – es sei denn, es handelte sich wie bei den meisten weiblichen PGs um sehr junge und vergleichsweise gering belastete Kader. Da Frauen zu Beginn des 20. Jahrhunderts allgemein nur selten in den Genuss einer umfangreicheren Vorbildung kamen, schlug dies bei den ehemaligen Nationalsozialisten quantitativ in besonderem Maße durch. Der Bildungs- und Erfahrungsaspekt war darüber hinaus hauptverantwortlich dafür, dass die untersuchten NSDAP-, SA- und SS-Mitglieder überdurchschnittlich alt waren. Dabei stellte die Alterskohorte der 41- bis 50-Jährigen in der DWK und auch noch kurz nach der Staatsgründung die mit Abstand größte Gruppe, sowohl bei den ehemaligen Nationalsozialisten als auch im Gesamtpersonal. Außerdem besetzte sie zu Beginn der Fünfzigerjahre weit mehr als die anderen Teile des

³ Zu den in diesem Abschnitt aufgeführten Aspekten siehe ausführliche Analysen in: Kuhlmann 2005, 152-344.

Altersspektrums einflussreiche Positionen. Auch die untersuchten NSDAP-, SA- und SS-Mitglieder dieser Altersgruppe – sowie die der 31- bis 40-Jährigen – besetzten solche Posten im Vergleich zu jüngeren und älteren NS-Belasteten relativ häufig. Hinsichtlich der sozialen Herkunft (Beruf des Vaters) entstammten die meisten ehemaligen Nationalsozialisten in der DWK Beamtenfamilien. Sie unterschieden sich damit deutlich vom Gesamtpersonal, in dem nach Definition der Personalabteilungen die Arbeiterkinder dominierten. Das unterstreicht die Annahme der familien- und milieubezogenen Übertragungen sozialer und kultureller Kapitalströme. Manche NS-Belastete versuchten in der SBZ/DDR allerdings, eine kaderpolitisch ungünstige soziale Herkunft zu verbergen bzw. durch echte oder erfundene proletarisch-sozialistische Elemente in ein günstigeres Licht zu rücken.

Ihre für die Beschäftigung im ostdeutschen Staatsapparat wichtigste Eigenschaft war ein überdurchschnittliches Fachwissen. Es rührte wesentlich aus einer profunden Schul- und Berufsausbildung her, die sich in einem sehr hohen Anteil an Abiturienten, Studierenden und Promovierten ausdrückte. Dabei überwogen ideologieneutrale, d. h. technisch und naturwissenschaftlich orientierte Fächer. Sie waren angesichts des politischen Systemwechsels nach 1945 am unverdächtigsten und anpassungsfähigsten. Zugleich war hier der Expertenmangel besonders groß. Hinzu kamen Jura und Wirtschaftswissenschaften. Geistes- und Sozialwissenschaften waren im Kreis der NS-Belasteten hingegen genauso wie theologische, künstlerische und – bedingt durch den Aufgabenbereich der DWK – medizinische Studiengänge vollkommen unterrepräsentiert. Die fachlichen Qualitäten fußten des Weiteren auf einer langjährigen Berufserfahrung. Die untersuchten Ex-Nationalsozialisten arbeiteten vor Eintritt in die Deutsche Wirtschaftskommission bis auf wenige Ausnahmen überwiegend als Angestellte und Beamte in der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Fast keiner war Bauer und niemand Arbeiter. Die anfangs erhebliche Präsenz ehemaliger NS-Staatsbediensteter im zentralen Regierungsapparat nahm im Laufe der Fünfzigerjahre deutlich ab, was neben allgemeinen Säuberungsercheinungen auf Altersgründe zurückzuführen ist.

Den Blick auf die gesamten Karriereverläufe gerichtet, gehörten die NS-Belasteten aufgrund ihrer Bildung und der politischen Säuberungsvorgaben den Subeliten, Professionen und Subprofessionen an. Weitaus weniger und hinsichtlich der NS-Ära überhaupt nicht traf dies auf oberste Führungsschichten, sprich auf Eliten zu. Die durchlaufenen Arbeitssektoren bestanden hauptsächlich in der Wirtschaft und der Verwaltung, wobei es häufig Wechsel von einem zum anderen gab. Große Karrieresprünge fanden nur selten statt. Andererseits waren Karriereunterbrechungen, wie sie vor allem durch Militärdienst, Kriegsgefangenschaft und die Entnazifizierung vorkamen, von vorübergehender Dauer. Eine Vielzahl von Gründen, die oft in Wechselwirkung zueinander standen, bewirkten bei den untersuchten NS-Belasteten berufliche Veränderungen. Dazu zählten fachliche und arbeitsorganisatorische Stärken und Schwächen, die

Arbeitsbedingungen vor Ort, einflussreiche Gegner und Befürworter (jedoch keine „Nazi-Seilschaften“), Aufstiegswille, Privates und persönliche Vorlieben sowie externe Ursachen wie der Krieg und politische Säuberungen. Bei der Darstellung von Karrierewendungen im Nationalsozialismus wurden nach 1945 politisch vorteilhafte Biografieanteile wie Widerstands- und Opferaspekte betont. Das Bekenntnis zu Opportunismus und Karrierestreben unter der Ägide des NS-Regimes entfiel in der SBZ/DDR weitgehend, obwohl es mit Sicherheit genauso wie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von Bedeutung war. Des Weiteren spielten nach der Ablösung der NS-Diktatur allgemeine Vorbehalte gegen ehemalige NSDAP-Mitglieder und die Frage der politischen Loyalität zur neuen Machtelite eine entscheidende Rolle. Hierzu gab es unter den Kaderverantwortlichen oft divergierende Ansichten. Inwiefern die Quellen immer die tatsächlichen Veränderungsgründe nennen oder von Anpassungsmechanismen überformt sind, muss vielfach offen bleiben.

Die ehemaligen Nationalsozialisten in der DWK gingen ihrer Tätigkeit ganz überwiegend mit guten bis ausgezeichneten Resultaten nach. Signifikant war der weit verbreitete Fleiß. Herausragende Einsatzbereitschaft war Teil der Resozialisierungsanforderungen. Tüchtigkeit und gute Arbeitsergebnisse zogen manchmal symbolische Anerkennung in Form von Prämien und Auszeichnungen nach sich. Die ehemaligen Nationalsozialisten scheinen eher kollegial als elitär und mehr zuverlässig als unzuverlässig gewesen zu sein. Ein besonderer Hang zum Bürokratismus ist nicht nachweisbar. Demgegenüber besaßen einige gute organisatorische Fähigkeiten und Führungseigenschaften. Ansonsten hat es neben Fällen von Genauigkeit und Staatstreue auch solche von Ungenauigkeit und Korruption gegeben. Eine gute Leistung ehemaliger NSDAP-Mitglieder wurde nicht negativ beurteilt, nur weil diese Angestellten politisch belastet waren. Als Verbindung zwischen politischen Erfahrungen und dem Arbeitsverhalten wurde häufiger genannt, durch eine Mitarbeit am „demokratischen“ Staatsaufbau die Konsequenz aus der Vergangenheit gezogen zu haben. Die Verbreitung faschistoider Inhalte durch Entscheidungen am Arbeitsplatz geht aus den Quellen nicht hervor, dafür jedoch manchmal eine politisch neutrale Haltung oder eine ausdrücklich bewusste Umsetzung prosozialistischer Vorgaben.

Die NS-Belasteten innerhalb der DWK und DDR-Regierung verteilten sich in ungleichem Maße auf die verschiedenen Fachressorts. Domänen waren die im engeren Sinne wirtschaftsorientierten wie Post- und Fernmeldewesen, Energie, Metallurgie oder Land- und Forstwirtschaft. Dort betrug die PG-Rate in der Wirtschaftskommission bis zu zehn Prozent und nach 1949 bis zu achtzehn Prozent. Mitverantwortlich dafür war offenkundig der traditionell hohe Anteil an Beamten in einigen dieser Bereiche, die zur Zeit des NS-Regimes wiederum in erheblichem Maße der NSDAP angehörten. Außerdem war in diesen Bereichen der Bedarf an alten Fachkräften besonders groß. Hier wurden NS-Belastete teilweise mit verantwortlichen Aufgaben betraut und übten arbeits-

technisch einen nicht unerheblichen Einfluss auf ihr Fachgebiet aus. In übergeordneten Kontroll- und Lenkungsorganen, d. h. in macht- und sicherheitspolitisch besonders bedeutsamen Verwaltungszweigen, fanden sie sich hingegen wesentlich seltener oder gar nicht. Hier schien die Schadensgefahr im Falle einer subversiven Tätigkeit zu groß zu sein. Den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern wurde selbst nach ihrer rechtlichen Gleichstellung noch lange nicht im gleichen Maße vertraut wie politisch unbelasteten Kadern. Das galt außer für PGs manchmal auch für alle anderen Personen, die irgendeiner NS-Organisation angehört hatten. Die unterschiedliche Präsenz galt entsprechend für die jeweils nachgeordneten Organe und hielt im gesamten Untersuchungszeitraum mit kleineren Abweichungen an, unbeschadet der zeitweilig rechtlichen Verwehrung bestimmter Arbeitsbereiche.

In der DWK nahmen ehemalige Nationalsozialisten vor allem Positionen im unteren Leitungsegment, auf der mittleren Ebene der Referenten und in der oberen Unterschicht der Verwaltungsangestellten ein. Auf den obersten Führungsposten fehlten sie wegen politischer Vorbehalte und bei den technischen Kräften aufgrund ausreichend vorhandener unbelasteter Alternativkader. Im Laufe der Fünfzigerjahre besetzten ehemalige NSDAP-Mitglieder angesichts wachsenden Vertrauens und größerer Effizienzbemühungen jedoch mehr und mehr verantwortliche Positionen. Dabei war der Einsatz ehemaliger PGs in leitenden Funktionen, in der Justiz und der inneren Verwaltung zeitweise eigentlich verboten. Ausnahmen kamen trotzdem vor, nach strenger Prüfung und je nach politischem Nutzen. Der sogenannte „doppelte Rangeffekt“, wonach die Machtelite umso strengere Ansprüche an die Zuverlässigkeit des Personals stellt, je höher die Position und die Verwaltungsebene ist, galt offenbar nur bedingt. Denn auch in weniger wichtigen Organen existierte das skizzierte Muster, wenngleich bei einer insgesamt etwas toleranter gehandhabten Kaderpolitik und daraus resultierenden insgesamt höheren PG-Raten.

4. Politische Orientierungen

Soweit Parteibindungen für die Zeit vor 1933 genannt wurden, betraf dies lediglich ein Viertel des NS-Samples. Mitgliedschaften in „bürgerlichen“ und national-konservativen Parteien sind nur selten überliefert. Die Mehrzahl der Personen mit feststellbarer Parteibindung vor 1933 gehörten der SPD und KPD an, einige wenige bereits vor der NS-Machtergreifung der NSDAP. Der Großteil verhielt sich im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (partei-)politisch passiv. Die früheren Beamten unter den Ex-Nationalsozialisten in der DWK pflegten zudem auch außerhalb der Arbeitsstätte häufiger Kontakt mit Berufskollegen. In den Augen der SED waren solche Vernetzungen im Rahmen von Gewerkschaften und Vereinen Ausdruck einer verfestigten Zugehörigkeit zum verachteten Berufsbeamtentum. Die Zugehörigkeit zu Vereinigungen, die den Arbeiterparteien nahe standen, erfolgte in der Regel durch die

relativ wenigen ehemaligen NSDAP-Angehörigen, die vor 1933 die Mitgliedschaft der KPD oder SPD besaßen. Dies untermauert ihre Bedeutung als Mi-lieuparteien, die in ihrer Klientel fest verwurzelt waren.⁴

Zahlreiche Ex-Nationalsozialisten stellten ihre politische Vergangenheit nach 1945 in verschiedenen Einzelheiten günstiger dar, als sie es tatsächlich war, um Bestrafung, Ächtung und berufliche Nachteile zu vermeiden. Dabei erwiesen sich das Netz von Überprüfungsmaßnahmen, die Befragung von Zeugen und die Auswertung schriftlicher Materialien trotz enormen Aufwands als undicht. Nur zum Teil deckten die Behörden in der SBZ/DDR und die SED deshalb Manipulationen und Fälschungen im Laufe der Zeit auf. Sie ließen dann aber meistens empfindliche Sanktionen wie Entlassungen, Versetzungen und Parteistrafen folgen. Die Kaderverantwortlichen vertraten mit Nachdruck das Prinzip des transparenten Kaders, nicht zuletzt um sich vor schwerer belasteten Faschisten und möglicherweise verdeckt agierenden Agenten und Saboteuren unter ihnen zu schützen.

Hinsichtlich der geschilderten Umstände und Motivationen, in die NSDAP, SA oder SS einzutreten, lassen sich vier größere Gruppen erkennen, wobei Überschneidungen vorkamen. Einige wenige erwarben demnach zwar formal die Mitgliedschaft einer NS-Organisation. Sie äußerten jedoch, dies im Auftrag oder mit Wissen der verbotenen KPD und SPD getan zu haben, um Informationen zu beschaffen und Zersetzungsarbeit zu leisten. Andere hätten geheime Treffen zum geistigen Austausch über eine antifaschistische Zukunft besucht oder organisiert. Es handelte sich also um Formen aktiver Widerstandsarbeit und damit um „unecht NS-Belastete“. Des Weiteren gab es diejenigen NSDAP-Mitglieder, die aus der Hitlerjugend „automatisch“ in die Partei übernommen wurden. Die Betroffenen benutzten hierbei in der SBZ/DDR bevorzugt Begriffe wie „automatische Überführung“ wegen ihrer implizierten Passivität. Diese Kader waren weitaus jünger, weniger gut gebildet und berufserfahren als die anderen PGs in der Deutschen Wirtschaftskommission. Vereinzelt reklamierten nach 1945 auch ältere NSDAP-Angehörige, aus anderen NS-Organisationen wie der SA ohne eigene Initiative in die Partei eingereicht worden zu sein oder gar nichts von der Parteiaufnahme gewusst und dies erst im Nachhinein erfahren zu haben. Tatsächlich gab es kollektive und massenhaft vollzogene Parteieintrittsaktionen. Es erscheint jedoch erwiesen, dass in keinem Fall eine NSDAP-Aufnahme ohne persönliches Zutun und Wissen der einzelnen Kandidaten erfolgte. Daneben stellten diejenigen NS-Belasteten eine weitere Teilgruppe dar, die aussagten, dem Nationalsozialismus anfänglich mit gut gemeintem, häufig sozialistisch beeinflusstem Idealismus, mit Überzeugung und Begeisterung begegnet zu sein und sich deshalb organisiert zu haben. Wie viele andere PGs äußerten sie, dass sich durch die nähere Berührung mit

⁴ Zu den verschiedenen Formen des politischen Verhaltens, wie sie in diesem Abschnitt Erwähnung finden, siehe Einzelheiten in: Kuhlemann 2005, 345-841.

dem NS-Apparat und seiner aggressiven Politik schon bald die Erkenntnis eines Irrweges eingestellt und eine innere Abkehr vom Hitler-Regime vollzogen habe. Dies mündete jedoch kaum in Parteiaustritte, um Nachteile aus dem Weg zu gehen. Die meisten ehemaligen Nationalsozialisten teilten schließlich mit, aus beruflichen und Karrieregründen, zur Erlangung oder Beibehaltung des Arbeitsplatzes sowie zur Durchführung eines Studiums in die NSDAP etc. eingetreten zu sein. Arbeitgeber, Dienstherrn oder Kollegen hätten sie in einer Mischung aus Werbung und Drohung dazu gedrängt. Bekannt ist in diesem Zusammenhang die Aufforderung zum Organisationseintritt an Personen mit oppositionell erscheinendem Vorleben als Zeichen der Loyalität. Im Fall einer Verweigerung habe existenzielle Not und sozialer Abstieg gedroht, den Betroffenen selbst als auch ihren Familien. Daneben gab es aber sicher auch die später unausgesprochene Hoffnung auf bevorzugte Karriereförderung.

Problematisch bei der Bewertung solcher Schilderungen ist, dass die schriftlichen Quellen fast alle von Behörden und Parteistellen stammen oder an diese gerichtet waren. Die Übereinstimmung von äußerem Verhalten und innerer Neigung ist daher überaus schwer zu bestimmen. Dennoch sind Unterschiede bei der Schwere des politischen Belastungsgrades unübersehbar. Einige wenige ehemalige Mitglieder der NSDAP etc. im zentralen Staatsapparat der SBZ/DDR leisteten mal mehr, mal weniger glaubhaft illegal und in aktiverem Maße Widerstand gegen das NS-Regime. Teilweise sei dies im Verbund mit bürgerlichen Widerstandskreisen erfolgt, teilweise in Zusammenarbeit mit den Untergrundorganisationen der KPD und SPD. Der Erfolg hielt sich in der Regel in Grenzen. Manche solcher Schilderungen wurden nach Kriegsende angezweifelt. Die untersuchten Ex-Nationalsozialisten zählten darüber hinaus zahlreiche Beispiele der Beharrung und des Widerstehens gegenüber einer Einflussnahme und Aktivierung durch die NS-Diktatur auf. Sie hätten sich demzufolge trotz ihrer Organisationszugehörigkeit dem Geiste nach nicht vereinnahmen lassen und sich mit regimekonformen Handlungen sehr zurückgehalten. Angeblich hätten sie stattdessen von der NSDAP geforderte Verhaltensnormen unterlaufen oder sogar im gegenteiligen Sinne agiert, was nach 1945 als Beleg für eine antifaschistische Einstellung dienen konnte. Einige der untersuchten NS-Belasteten sagten ferner aus, dass sie selbst in verschiedenen Abstufungen aus politischen Gründen Benachteiligte, Verfolgte, Inhaftierte und mithin Opfer des NS-Regimes gewesen seien. Solche Ausführungen lassen sich in unterschiedlichem Maße belegen. Entsprechende Vorkommnisse habe es meist im Berufsleben und in den am schwersten wiegenden Fällen in Form eines Zusammentreffens mit der Gestapo oder bei der Wehrmacht gegeben.

Eine Reihe von ehemaligen PGs in der zentralen Staatsverwaltung wies nach 1945 zwecks politischer Entlastung – zumindest partiell zurecht – auf Kontakte zu und Unterstützung von Verfolgten der NS-Terrorherrschaft wie Juden und Kommunisten hin. Man habe keine Vorteile aus der NS-Mitgliedschaft gezogen, im vertrauten Kreis Kritik geübt und sich als Gegner

der Hitler-Diktatur zu erkennen gegeben. Die NS-Ideologie sei abgelehnt worden, viele meinten, sie hätten sich an nichts Unrechtem beteiligt oder seien manchmal auch offen mit Verfechtern des Nationalsozialismus in Konflikt geraten. Dadurch hätten einige Nachteile erlitten, seien von Beförderungen ausgenommen, versetzt oder mit niederen Aufgaben betraut worden. Als Zeichen der Gegnerschaft zum NS-Regime habe man zudem alliierte Radiosender gehört und verbotene Bücher gelesen. Symbole und Sprache der Nationalsozialisten wie den „Deutschen Gruß“, die SA-Uniform und das Parteiabzeichen habe man nicht übernommen. Vielmehr seien viele der Betroffenen seit jeher antifaschistisch, demokratisch oder sozialistisch geprägt gewesen.

Aktivitäten und Überzeugungen im Sinne des NS-Regimes gaben die untersuchten Ex-Nationalsozialisten nach 1945 nur in sehr zurückhaltender Manier zu. Inhaltlich handelte es sich bei ihren Eingeständnissen lediglich um Aspekte am unteren Ende der Belastungsskala. Sie vermittelten das Bild eines Menschen, der nie wirklich vom Nationalsozialismus überzeugt war und sich nicht für ihn mit Elan eingesetzt hatte. In manchen Fällen ist jedoch ein aktiveres Engagement im Sinne des Nationalsozialismus nachweisbar, und im Einzelfall erscheint es gerechtfertigt, im Sinne der Entnazifizierungsdirektiven von NS-Aktivisten und „Verbrechern“ zu sprechen. Die DDR-Behörden reagierten auf enthüllte Lebenslauffälschungen unterschiedlich, je nach kaderpolitischer Gesamtbeurteilung der jeweiligen Person. Der engere SED-Führungszirkel legte schärfere Maßstäbe an als der Ministerialapparat. Sanktionen fanden darüber hinaus während der Entnazifizierung, in der DWK 1948/49 oder pointiert bei der SED-Mitgliederüberprüfung 1951 rigoroser Anwendung als in den Folgejahren. Das geschah stets in Abhängigkeit zur politischen Weiterentwicklung der Betroffenen und den sonstigen Kadermerkmalen, was umso besser zu beurteilen war, je mehr Zeit verstrich.

Ununterbrochen blieb jedoch in den allermeisten Fällen ein nachweisbar herausragend aktives Eintreten für den Nationalsozialismus ein Grund für verschärfte Zwangsmaßnahmen, wozu auch der Verlust des Arbeitsplatzes in der Staatsverwaltung gehören konnte. Zu den vom Grundsatz her nicht akzeptablen Punkten zählten zum Beispiel Bereicherung am Eigentum von NS-Opfern, Kollaboration mit der Gestapo, folgenschwere Denunziationen, Teilhabe an politisch motivierten Tötungsdelikten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder aufstachelnder Antisemitismus. Die Typen des freiwillig und aus ganzer Überzeugung aktiv für die „braune Bewegung“ Agierenden sowie des sogar Verbrechen begehenden Parteigängers fehlen in den Vergangenheits schilderungen der Betroffenen. Insbesondere gravierende justiziable Delikte waren unvereinbar mit der Nachkriegsordnung und hätten bei Bekanntwerden mit hoher Wahrscheinlichkeit Bestrafungen bewirkt, da sie eine enge Verflechtung mit dem abgelösten NS-Regime nahe legten und eine politische Neuorientierung weniger glaubwürdig erscheinen ließen. Entsprechende „Tabu-Taten“ wiesen die früheren PGs weit von sich. Einige dieser Unterpunkte sind aber

vereinzelt dennoch nachweisbar. Sie blieben bis heute unerkant, sofern es sich nicht um zuerst verheimlichte und dann im Fall ihrer Enthüllung durch die Behörden mal geahndete, mal „gebilligte“ Belastungen handelte.

In diesem Zusammenhang gaben die untersuchten NS-Belasteten nach 1945 nur in einigen Fällen die Übernahme von politischen Ämtern während des „Dritten Reiches“ zu. Dabei handelte es sich um solche am untersten Ende der Hierarchieleiter. Sie seien über Druck und Werbung, durch die Dauer der Organisationszugehörigkeit, durch krankheits- und urlaubsbedingte Ausfälle dazu gekommen, aber keinesfalls aus eigener Initiative. Etliche Ämter wurden in der SBZ/DDR verheimlicht. Doch selbst in solchen Fällen waren keine höheren Positionsinhaber als beispielsweise Block- und Zellenleiter festzustellen. Darüber hinaus ist, wie bei anderen Manipulationen auch, nicht immer klar, ab wann genau den Behörden verschwiegene Ämter, Funktionen, Aktivitäten etc. doch noch zur Kenntnis gelangten. Ämter in NS-Organisationen waren Ausdruck von politischer Anpassung oder Unterstützung des NS-Regimes. Sie verschlechterten daher nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Distanzierungs- und Entlastungsbemühungen. Die Angehörigen des NS-Samples gehörten neben der NSDAP, SA und SS noch solchen NS-Gruppierungen an, die eine vergleichsweise geringfügige politische Zusatzbelastung darstellten. Hier sind vor allem die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), die Deutsche Arbeitsfront (DAF), der Reichsluftschutzbund (RLB) und der Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB) zu nennen.

SS-Angehörige fanden sich für den Untersuchungszeitraum im zentralen Staatsapparat der SBZ/DDR insgesamt nur etwa drei Dutzend. Dabei handelte es sich oft um Biografiefälscher, deren Entdeckung aktenkundig wurde. Die den Behörden von vornherein bekannten SS-Mitglieder machten Widerstands- und Opferaspekte geltend, waren „nur“ Fördermitglieder oder sehr jung. Dies sowie ihre rangniedrigen Funktionen in der SS und den sonstigen NS-Organisationen sowie die zumeist scheinbar verhaltene Aktivität in der NS-Ära lässt den Schluss zu, dass für die einstmals positionshöheren und in ganz besonderem Maße überzeugten Nationalsozialisten ein Engagement im zentralen Staatsapparat zugunsten des Aufbaus einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ nur sehr selten in Frage kam. Sie waren häufig auch einfach zu bekannt, als dass ihre Anwesenheit den Kaderverantwortlichen oder der Öffentlichkeit hätten verborgen bleiben können.

In der Absicht, die persönliche NS-Belastung zu verringern, behaupteten einige der Untersuchten des Weiteren, nur Parteianwärter gewesen zu sein. Aussagen, nie die NSDAP-Mitgliedskarte erhalten zu haben, wodurch die Mitgliedschaft rechtlich nicht ordnungsgemäß zustande kam, sind durch die Quellenlage kaum zu bestätigen oder zu widerlegen. Bei anderen habe die Parteimitgliedschaft zeitweilig geruht. Letzteres ist in sehr wenigen Fällen zweifelsfrei beweisbar. Meistens hat es sich bei solchen die Dauer und Rechtmäßigkeit der NS-Organisationszugehörigkeit berührenden Fragen jedoch

nachweislich oder wahrscheinlich um Halb- oder Unwahrheiten gehandelt. Eintritte in NS-Organisationen wurden in diesem Zusammenhang des Öfteren vordatiert, um das Ausmaß der Zugehörigkeit zu verringern. Darüber hinaus seien Austritte und Ausschlüsse vorgekommen, die nur bei wenigen Personen tatsächlich während der NS-Ära schriftlich vermerkt wurden. Solche Beschreibungen waren geeignet, um Widerstand, Opferdasein und somit eine Nicht-identifizierung mit dem Nationalsozialismus zu unterstreichen. Hinsichtlich einiger Aspekte ist nicht auszuschließen, dass in der Praxis vor 1945 tatsächlich Abweichungen von den Vorschriften der NSDAP-Parteisatzung vorkamen. In seltenen Fällen ist dergleichen sogar belegbar. Es handelte sich aber mit Sicherheit nicht um die Regel, sondern um wenige Ausnahmen. Nur eine kleine Minderheit hatte tatsächlich den Wunsch und den Mut aufgebracht, sich organisatorisch von der Partei zu distanzieren oder ganz zu entfernen. Dabei zogen sie während des NS-Regimes meistens eher unauffällige Begründungen heran, um drohenden Sanktionen aus dem Weg zu gehen. Ergänzend ist noch auf einige Familienangehörige und Freunde der Untersuchten hinzuweisen, die NS-Organisationen angehört oder sich für sie eingesetzt hatten. Sie strahlten ungünstig auf das Persönlichkeitsbild der Kader aus. Denn in den Augen der Kaderverantwortlichen deutete dergleichen auf eine entsprechende familiäre oder milieubedingte mentale Prägung. Es habe die Gefahr einer besonderen Nähe zu Trägern des NS-Regimes und zu faschistischem Gedankengut bestanden.

Die Militäruzugehörigkeit der ehemaligen NSDAP-, SA- und SS-Mitglieder in der zentralen Staatsverwaltung trug verschiedene Merkmale, die eine militaristische Geisteshaltung oder eine Mitschuld an NS- und Kriegsverbrechen nur in vermindertem Maße vermuten ließ. Die NS-Belasteten – auch die Offiziere unter ihnen – hatten tendenziell relativ niedrige Dienstränge eingenommen, keine besonders hohen Auszeichnungen erhalten und waren Reservisten statt Berufssoldaten. Manche schilderten ihren Militärdienst ohne eigene Wertung, andere hoben eine antimilitaristische und in der Konsequenz regimekritische Haltung hervor, die sie teilweise in Konflikte gebracht habe. Eine promilitaristische Haltung tauchte nach 1945 nur selten auf und wenn, dann im Rahmen einer „ideologisch korrekten“ Auswertung, die ebenfalls eine Abwendung von der Wehrmacht als Instrument des Faschismus beinhaltete, der wiederum nach kommunistischer Lesart eine besonders aggressive Form des Kapitalismus darstellte.

Überdurchschnittlich viele ehemalige Nationalsozialisten in der zentralen Staatsverwaltung hatten eine als kaderpolitisch günstig angesehene sowjetische Kriegsgefangenschaft durchlaufen und sich dort teilweise sogar über sogenannte Antifa-Schulungen ideologisch weitergebildet. Ein Teil schloss sich dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ an. Die meisten ehemaligen Kriegsgefangenen befanden sich jedoch im Gewahrsam der Westmächte. Die Kaderverantwortlichen befürchteten deren mögliche Instruierung, um in der SBZ/DDR

im Auftrag des „Klassenfeindes“ Zersetzungsbearbeitung zu leisten. Ab 1949 erfolgten daher Säuberungsmaßnahmen im Personalstamm. Im Laufe der Jahre nahm die Zahl der Westgefangenen insgesamt trotzdem zu, auch bei den leitenden Funktionären. Der Bedarf an qualifizierten Kräften war auf andere Weise nicht zu decken. Emigrantenschicksale spielten im NS-Sample und im Gesamtpersonal keine nennenswerte Rolle. Die Politik ihnen gegenüber war jedoch von den gleichen Leitgedanken wie bei der Beurteilung der Kriegsgefangenschaft beherrscht.

Die NS-Belasteten schilderten häufig Erkenntnis- und Wandlungsprozesse, die eine Abkehr vom Nationalsozialismus und eine Hinwendung zum Sozialismus beinhalteten. Sie gründeten sich auf der Unmenschlichkeit der NS-Diktatur und des Krieges, auf der Bestrafung im Zuge der Entnazifizierung, auf Konflikten mit Kapitalisten und der Bourgeoisie sowie der Begegnung mit Sozialisten und marxistischen Ideen. Ein solcher Werdegang entsprach der Vorstellung von erziehbaren Menschen, die mit der Zeit die „wissenschaftliche“ Lehre des Marxismus-Leninismus erkennen und anwenden würden. Diese Schilderungen waren aber in unbekanntem Ausmaß auch ein Zeichen der Anpassung an die politischen Vorgaben der Machthaber in der SBZ/DDR. Vor einem Beitritt der ehemaligen PGs zur SED bzw. zur KPD und SPD hätten sich ebenfalls längere Prozesse der Abkehr von alten Denkmustern ereignet, denen sich eine sozialistische Neuorientierung anschloss. Die Wandlung führte angeblich zum Wunsch, sich aktiv für eine neue Gesellschaftsordnung im Sinne der SED mit Hilfe einer Mitgliedschaft in der ostdeutschen Staatspartei einzusetzen. Inwieweit solche Schilderungen mit der tatsächlichen Weltanschauung der einstigen Nationalsozialisten übereinstimmten, ist in den allermeisten Fällen nicht überprüfbar.

Quantitativ baute die SED ihre Machtposition im Gesamtpersonal der zentralen Staatsverwaltung bis 1949 vor allem zu Lasten der Parteilosen aus, um dann in den Folgejahren ihre Dominanz zu halten. Mitglieder anderer Parteien waren nur marginal vertreten. Die NS-Belasteten in der DWK waren besonders häufig parteilos. Sobald eine Parteibindung vorlag, organisierten sie sich fast ausschließlich in der SED. Die PGs in den DDR-Regierungsdienststellen waren demgegenüber zu Beginn der Fünfzigerjahre anders als in der Wirtschaftskommission vergleichsweise häufig Mitglied einer Partei, wiederum meistens bei der SED. Eine Mitgliedschaft in der Einheitspartei stellte auch für frühere NSDAP-Angehörige eine wichtige Karrierehilfe dar. Nach 1945 füllten die untersuchten NS-Belasteten vereinzelt auf Regional- und Landesebene und etwas vermehrt in Betrieben und Gemeinden politische Ämter und Funktionen aus. Dies betraf fast immer SED-Mitglieder und vor allem leitende Verwaltungskader. Die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben war ein Zeichen für politische Anpassungsbereitschaft, Konformität und Aktionismus. Darüber hinaus steht sie für kulturelles Kapital und Führungseigenschaften der erwähnten Amts- und Funktionsinhaber, die zur besonders politisierten Schicht unter

den NS-Belasteten zählten. Zur Erweiterung des ideologischen Bewusstseins durchliefen einige NS-Belastete, erneut vor allem Leitungskader und SED-Mitglieder, politische Schulungen. Vereinzelt erteilten sie auch solche. Politische Fortbildungen sollten sich auf die Arbeit im Staatsapparat auswirken. Die untersuchten Ex-Nationalsozialisten behaupteten, dass die Befassung mit dem Marxismus-Leninismus mittels Selbststudium und angeleiteter Schulungsmaßnahmen genau diese Auswirkung gehabt habe.

Etliche ehemalige NSDAP-Mitglieder im zentralen Staatsapparat waren nach Ansicht der Kaderverantwortlichen Personen, die die Weltanschauung der kommunistischen Machtelite teilten und sich aktiv am politischen Leben im Sinne der SED beteiligten. Es gab demgegenüber aber auch zahlreiche Ex-Nationalsozialisten, die die Übernahme von Aufgaben zugunsten politischer Organisationen scheuten. Die damaligen Kaderverantwortlichen hielten sie für politisch allgemein desinteressiert, andere für aufgeschlossen und bemüht, aber in der marxistischen Bewusstseinsentwicklung dennoch zurückgeblieben, wieder andere für undurchsichtig und verdächtig. Schließlich bescheinigten die Personaloberen einigen früheren PGs eine kritische Haltung zur SED und Sowjetunion sowie eine prowestliche Einstellung eingenommen zu haben. Auch nationalsozialistische Reminiszenzen glaubten sie vereinzelt entdecken zu können. Doch waren letztere bei genauerer Betrachtung kaum aggressiver Natur. Obwohl aus den Quellen oft nicht klar hervorgeht, woran sich eine „reaktionäre“ Geisteshaltung konkret festmachen ließ, und die Personalkontrolleure manchmal auch unterschiedliche Meinungen zu ihrer Existenz vertraten, zog sie in der Regel über kurz oder lang harte Konsequenzen nach sich wie den Ausschluss aus der SED und den Verlust des Arbeitsplatzes.

Einige wenige der untersuchten NS-Belasteten arbeiteten als Informanten für den sowjetischen Geheimdienst und für den DDR-Staatssicherheitsdienst. Bei manchen anderen hegten die Kaderverantwortlichen den Verdacht, sie seien nachrichtendienstlich oder im Sabotageauftrag für westliche Auftraggeber aktiv. Verifizierbar ist das aus heutiger Sicht bislang nicht, nur vereinzelt sprechen die Rahmenbedingungen dafür. Dennoch leitete vor allem die DDR-Staatssicherheit Kontrollmaßnahmen, personalpolitische Veränderungen und manchmal auch Bestrafungen gegen „Agenten und Saboteure“ ein. Die NS-Vergangenheit der Betroffenen konnte bei einer entsprechenden Verurteilung erneut die Rolle einer Begründungshilfe spielen. Bei der Anwerbung von Inoffiziellen Mitarbeitern durch das MfS kam ihr offenbar nur bei solchen Ex-Nationalsozialisten eine Bedeutung zu, die sich wie entdeckte Fragebogenfälscher wiederholt mit einer besonderen Bewährungserfordernis konfrontiert sahen.

Die Abschottung zum Westen vollzog sich physisch und ideell. Regierungsangestellte mit Wohnsitz in West-Berlin wurden ab Mitte 1949 im Rahmen der „W-Aktion“ nicht mehr geduldet, Umzugsunwillige mussten aus der Staatsverwaltung ausscheiden. Auch kurzweilige Aufenthalte, der Konsum von west-

lichen Medien oder der Kontakt zu Freunden und Verwandten im anderen Teil Berlins und Deutschlands boten der SED Anlass zum Misstrauen. Allgemein reagierten die Angestellten auf entsprechende Verbote und Ermahnungen oft mit Unverständnis. Die Kommunisten befürchteten eine Infiltration mit westlichem Gedankengut, darüber hinaus eine Anwerbung zu Spionage- und Sabotagezwecken durch westliche Auftraggeber. Übersiedler in den Westen standen im Verdacht, sich als Agent in Sicherheit bringen zu wollen, Arbeitsuchende aus dem Westen schienen vom „Klassenfeind“ potenziell instruiert zu sein. Die sich aus dieser Sichtweise ergebenden Maßnahmen berührten grundsätzlich auch alle ehemaligen Nationalsozialisten in der DWK und DDR-Regierung.

5. NS-belastete hohe Staatsfunktionäre

Individuelle Fallanalysen der Lebensläufe von vier hohen Staatsfunktionären der SBZ/DDR verdeutlichen, dass sich die Karrieren von Funktionseliten, die als gemeinsames Merkmal eine Zugehörigkeit zur NSDAP oder SA besaßen, nicht unerheblich voneinander unterschieden.⁵ Das betraf vor allem die Darstellung der NS-Vergangenheit, die von antifaschistischer Widerstandsarbeit und Verfolgung durch das NS-Regime bis zur Kollaboration mit der Gestapo reichte. Die Verheimlichung politisch belastender Biografieanteile kam reichlich vor, zog aber je nach kaderpolitischer Gesamtbewertung verschieden scharfe Konsequenzen nach sich. In der Regel beteiligte sich die Staats- und Parteiführung hinsichtlich der Unterschlagung politischer Belastungen in veröffentlichten Lebensläufen sogar an Biografiemanipulationen, um Kontroversen zu vermeiden. Für die Verwendung als Minister oder Staatssekretär war mal die fachliche Qualifikation ausschlaggebend, mal die ideologische Vorbildung, die Loyalität zur Machtelite und die Blockpolitik im Sinne der SED. Beruflich sind bei den vier Funktionären enge Wechselbeziehungen des Verwaltungssektors sowohl mit der Wirtschaft als auch – nach 1945 – mit der Politik festzustellen.

6. Resümee

Die Entnazifizierung in der staatlichen Verwaltung war also alles in allem tiefgreifend und von nachhaltiger Wirkung, verzeichnete aber ab 1948/49 organ- und ressortspezifisch Rückkehrerscheinungen. Anders gesehen war die Wiedereingliederung von Millionen NS-Belasteten in der SBZ/DDR nur bedingt erfolgreich. Denn es gab trotz der gesetzlichen Gleichstellung faktisch

⁵ Siehe die ausführliche Darstellung dieser Beispiele (Staatssekretär und stellvertretender SPK-Vorsitzender Paul Straßenberger, Staatssekretär und stellvertretender Minister Alfred Wunderlich, Minister Wilhelm Feldmann, Minister Werner Winkler) in: Kuhlemann 2005, 842-967.

weiterhin bestehende Ausgrenzungen. Darüber hinaus war die Wiedereingliederung auf Zwängen aufgebaut, denn die PGs besaßen keine wirkliche Macht und keine starke Interessenvertretung. Die repressive Machtelite diktierte die Bedingungen des Zusammenwachsens (Sauer 1997, 288, 294 f.). Dies trug zur allgemeinen Instabilität der DDR bei. Alles, was die ehemaligen Nationalsozialisten in den späten Vierziger- und Fünfzigerjahren in die Waagschale werfen konnten, waren ihr Potenzial einer unzufriedenen, das System destabilisierenden Gruppe, die drohende Westflucht und ihre bis dato noch nicht ausgeschöpfte Kooperationsbereitschaft sowie ihre beruflichen Fähigkeiten. Dabei sahen viele Menschen in den PGs zu einem bestimmten Grad kohärente Akteure, deren Handeln im Leben zielgerichtet war und denen man daher misstrauisch nur eine eingeschränkte Wandlungsfähigkeit zutraute. Dieses Bild kollidierte mit der Idee der lernfähigen Massen, die unter den Kommunisten weit verbreitet war. Die schmerzenden Wunden, die ihnen das NS-Regime zugefügt hatte, begünstigten dabei diffus-emotionale Verstöße gegen die eigenen Vorsätze. Immer wieder setzte man pauschal die NS-Vergangenheit in Verbindung zu ihren einstigen Trägern (Frei 2001, 7 u. 179).

Und in der Tat ist es äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich, die konkrete Mitschuld eines Individuums an der NS-Herrschaft objektiv zu umreißen, deshalb verliefen politisch gewollte Säuberungen stets in bestimmtem Umfang willkürlich. Das Gleiche gilt für die Authentizität innerer Umkehrprozesse: Spiegeln entsprechende Beteuerungen nur das wider, was von den NS-Belasteten erwartet wurde, ohne dass es zu einer aufrichtigen Anteilnahme kam? Oder kamen solche Bekundungen von Herzen? Mit letzter Gewissheit lässt sich dies nicht entscheiden.⁶ Nicht überzeugend erscheint die oft anzutreffende Ansicht, frühere Nationalsozialisten, die die Kommunisten in wichtige Positionen einbauten, hätten dies sämtlich aufgrund einer gemeinsamen antidemokratischen Grundhaltung tun können – bei allen Ausnahmen, die es gegeben haben mag. Die NSDAP zog eben nur zu einem Teil ein rechtsradikales Milieu an und zum anderen sehr viele Personen, die ohne politische Verve zur Erlangung bestimmter Ressourcen Vorteile in einer Parteimitgliedschaft sahen. Die SED entwickelte dennoch nie eine Gleichgültigkeit gegenüber einer NS-Belastung, obwohl ein nationalsozialistisches Vorleben im Laufe der Zeit an Bedeutung verlor. Solange es eine kritische Größe nicht überstieg, ließ es sich zunehmend und bis zu einer bestimmten Grenze durch andere Kadermerkmale kompensieren. Die persönliche und gesellschaftliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus wurde dabei politisch einseitig verzerrt und überformt. Dies musste einer ehrlichen Aufarbeitung abträglich sein, veranlasste jedoch zu

⁶ Christoph Boyer beim Workshop „Wertorientierungen und Lebensstile des Führungspersonals in Politik, Kultur und Wirtschaft der SBZ/DDR“ am 13.06.1997 im Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam; Danyel 1999, 67-85, hier: S. 71; vgl. Frei 2001, 10 f., 306 f., 309.

entsprechenden Stellungnahmen der Betroffenen, so dass eine wie auch immer geartete Befassung stattfand.

Unterm Strich ist die Geschichte der Wiedereingliederung ehemaliger PGs eine Geschichte der Anpassung. Das Ziel, die eigenen (Über-) Lebensbedingungen zu verbessern, steuerte den Wandel, individuell und gesamtgesellschaftlich (zum Themenkomplex Herrschaft, Anpassung und Freiheitsstreben siehe Kuhlemann 2005, 984; Lüdtkke 1994, 188; Kocka 1994, 547-553). In diesem Zusammenhang erscheinen nur sehr wenige Menschen derart unbeugsam, dass sie – zum Bleiben gezwungen, ohne Aussicht auf Änderung der Rahmenbedingungen – keinerlei Kompromisse eingehen und für ihre entgegengesetzten politischen Überzeugungen auf die Umsetzung ihrer beruflichen und privaten Lebensentwürfe verzichten. Aus Sicht der ehemaligen PGs war die Kaderpolitik der frühen DDR dabei die Fortsetzung der Entnazifizierung mit anderen Mitteln. Sie verband politische Herrschaft aufs engste mit sozialen Prozessen (Kocka 07.10.1994, 37; Kocka 1994, 547). Zugleich verlagerten sich die Schwerpunkte der personellen Reinheitsvorstellungen. Anpassungen vollzogen sich vor dem Hintergrund offener Grenzen, was die Machtelite neben den wirtschaftlichen Zwängen zu Zugeständnissen nötigte und dem Austausch von Eliten (begrifflich jetzt etwas weiter gefasst) Grenzen setzte (Imbusch 1999, 269 u. 284; Bauerkämper 1997, 23; Bauerkämper 1999, 40). Dabei war die frühe DDR ein Elitemangelland, hinsichtlich fachlicher Experten ebenso wie mit Blick auf ideologisch gebildete Kräfte.

Ein großer Teil der alten Verwaltungseliten wurde dennoch dauerhaft ersetzt. Ein anderer Teil reproduzierte sich. Der Elitenwechsel vollzog sich nach 1945 in Etappen und nach Maßgabe eines differenzierten Systems der Bewährung und einer Abwägung von Humaneigenschaften (Bauerkämper 1997, 13 f. u. 46 ff.). Die alte politische Elite trat vollständig ab (Niethammer 1972, 22). Sie war dermaßen diskreditiert, dass ihr Verbleib undenkbar war (Wilson 1993, 427-429). Zugleich hatte sie ihre Machtbasis verloren, so dass kein Anlass für ein Entgegenkommen bestand. Der Grad, mit dem die NS-Bürokratie mit dem alten Regime identifiziert wurde, fiel etwas geringer aus. Die Säuberung der NS-Funktioneliten nahm sich daher etwas weniger rigoros an. Sie konnten abhängig vom jeweiligen Einsatzgebiet in unterschiedlichem Maße in bestimmte Positionen zurückkehren oder erstmalig dorthin gelangen. Das im „Dritten Reich“ beschäftigte oberste Führungspersonal der staatlichen Verwaltung blieb dabei ausgesperrt. Teile der darunter rangierenden Schichten fanden sich spätestens ein paar Jahre nach Kriegsende meist an vergleichbarer Position wie vorher wieder. Sie zählten zur Bildungselite, was ihr Beharrungsvermögen entscheidend begründete, und in geringerem Maße auch zur marxistisch-leninistischen Bewusstseinselite. Die Beschreibung der Elitenzirkulation muss allerdings unvollständig bleiben, da kaum Informationen darüber vorliegen, wohin Angehörige der NS-Dienstklasse nach ihrer Absetzung in der SBZ/DDR verblieben. In welche Berufsgebiete wichen sie aus? Gingen sie nach West-

deutschland und konnten dort wieder alte Funktionen wahrnehmen? Die Untersuchung solcher Fluktuationserscheinungen bietet sich als künftiges Forschungsprojekt an.

Für die in der ostdeutschen Verwaltung weiterhin tätigen alten Eliten waren die regimespezifischen Aufstiegsbedingungen maßgeblich. Die fachliche Qualifikation gehörte dazu ebenso wie die politische Loyalität, jedoch in variierender Ausprägung. Politische Indifferenz bedeutete keinen Karrierevorteil. Eine Gegnerschaft zur SED war sogar inkompatibel mit einem längeren Verbleib im zentralen Staatsapparat. Obwohl es an fachlich gleichwertigem Ersatz mangelte, kam es im Ergebnis zur Behinderung einer völligen Entfaltung fachlicher Fertigkeiten zugunsten einer ideologisch wertvoll erscheinenden Zusammensetzung des Personalkörpers. Sozialistische Kadereliten wurden in der Forschung in diesem Zusammenhang auch als „politisierte Inkompetenz“ bezeichnet und die Vertreter der akademischen Intelligenz als „institutionalisierte Gegenelite“ (Welzel 1997, 203 f.; Ludz 1968, 42-45; Schneider 1994; Beyme 1993, 409-425).

Damit die nationalsozialistisch Belasteten unter letzteren nicht nur eine Übergangserscheinung darstellten, mussten sie für ihre nachhaltige Reintegration mehr Vorleistungen erbringen als andere, da sie stets den biografischen Makel einer NS-Vergangenheit auszugleichen hatten. Diese konnte neben belastenden auch entlastende Merkmale aufweisen, was in der öffentlichen Diskussion noch heute oft zugunsten einer negativen Vereinheitlichung ignoriert wird. Am Ende bewerteten die Personalverantwortlichen in der DDR den gesamten Lebensverlauf. Seiner differenzierten Beurteilung sollte eine ebenfalls differenzierte Wiedereingliederung folgen. Ein solches Vorgehen ist vom Grundsatz her auch in anderen Zusammenhängen geboten, etwa beim Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten in der Bundesrepublik oder überhaupt mit politisch Belasteten nach einem Systemwechsel. Während dies vor allem den Opfern des verschwundenen Regimes verständlicherweise schwer fallen mag, sollte der Staat die Chance der Rehabilitierung gewähren, erst recht wenn sie eine sehr große Zahl von Bürgern betrifft. Dabei ist natürlich auf die Einhaltung allgemeiner Freiheits- und Grundrechte sowie die Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien zu drängen. Entsprechende Ansätze waren in der DDR bis zur Wendezeit 1989/90 chancenlos, weshalb weder sämtliche Opfergruppen sich frei artikulieren konnten noch die Träger des NS-Regimes sich mit ihren Taten frei von ideologischer Einfärbung auseinandersetzen mussten. Eine gesellschaftlich größtmögliche Zustimmung zu Art und Umfang der Integration ehemaliger Nationalsozialisten konnte so nicht entstehen. Es blieben spannungsreiche Leerräume in der Erinnerungskultur zurück, die danach strebten, gefüllt zu werden. Deshalb lässt sich auch unter diesem Gesichtspunkt in Wirklichkeit nur von einer scheinbaren Stabilität in der DDR sprechen.

Dennoch kann man feststellen, dass nach einem Systemwechsel politisch und wirtschaftlich eine stabile Ordnung im Grunde nur durch eine breit ange-

legte Wiedereingliederungspolitik möglich ist, wobei deren Grenzen maßgeblich davon abhängen, wie viel Einfluss den Belasteten geblieben ist. Auch wenn jener erheblich sein sollte, heißt das nicht, dass gar keine Grenzen der (personellen) Kontinuität gezogen werden sollen. Um der Glaubwürdigkeit der eigenen Staatsidee willen muss dies sogar geschehen, zumindest solange, bis Erfahrungen vorliegen, die geeignet erscheinen, einer Person einen Wandel zu bestätigen, der zu verurteilende Taten „ausgleicht“. Das bedeutet nicht, begangenes Unrecht zu vergessen, im Gegenteil. Gerade die Opfer eines abgelösten Unrechtsregimes haben ein starkes Bedürfnis, wahrgenommen zu werden. Und nur sie sind berechtigt, den Verantwortlichen für ihr Leid *moralisch* und damit wahrhaftig zu vergeben. Dieser Umstand wird allerdings leicht übergangen, wenn die Opfer politisch nicht stark genug sind, um ihren Standpunkt gegen aktuelle Machthaber durchzusetzen. In der DDR betraf das vor allem all diejenigen, die der Linie der SED-Führung nicht folgen wollten. Dabei zeigen sowohl der Staat als auch viele Opfer neben dem Bedürfnis, Täter zu bestrafen, nach einer gewissen Zeit die Bereitschaft zu vergeben, wenn sie aufrichtige Reue und einen geänderten Lebenswandel feststellen, der den eigenen Werten entspricht. Doch wird selbst nach einer zweiten Chance die Beurteilung der gesamten Biografie wohl nie anders als zwiespältig ausfallen können, da Außenstehende Respekt und Vertrauen eher einem kohärent positiven Lebenslauf entgegenbringen als einem, der radikale Brüche und deutliche Gegensätze aufweist.

Die Bilder des kollektiven Gedächtnisses dienen in diesem Zusammenhang als Sinnstiftung derer, die sich erinnern. Sie suchen sich das aus der Vergangenheit heraus, was ihnen in der Gegenwart am meisten nützt. Voltaire beschrieb die Geschichtsschreibung als „fable convenue“, als eine erfundene Geschichte, über die man Übereinstimmung erzielt hat. Die Wiedereingliederung von Millionen ehemals in das NS-Regime verwickelten Deutschen in der SBZ/DDR sollte ausgeblendet werden: Die kommunistische Machtelite wünschte keine Zweifel an einem radikalen Schnitt zur „kapitalistisch-faschistoiden“ Vergangenheit, und die NS-Belasteten selbst brauchten sich zumindest nicht mehr öffentlich mit ihrer befleckten Biografie zu befassen. Dabei war ihre Reintegration ein je nach Einsatzgebiet und persönlichen Eigenschaften abgestuftes Massenphänomen. Umso erstaunlicher ist es, dass es der kommunistischen Machtelite aufgrund ihrer eigenen Opfer- und Widerstandsbioografien sowie einer marxistisch orientierten Staatsdoktrin gelungen war, es bis heute aus dem kollektiven Gedächtnis zu tilgen. Die Ergebnisse der hier zugrunde liegenden Forschungsarbeit belegen, dass Abstriche am antifaschistischen Selbstbild der DDR vorzunehmen sind. Es gibt aber keinen Grund für eine Totalrevision, trotz Zusammenarbeit von Kommunisten und ehemaligen Nationalsozialisten.

References

- Bauerkämper, Arnd, Jürgen Danyel, und Peter Hübner. 1997. „Funktionäre des schaffenden Volkes“? Die Führungsgruppen der DDR als Forschungsproblem. In *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*, ed. Arnd Bauerkämper, Jürgen Danyel, Peter Hübner und Sabine Roß, 11-86. Berlin.
- Bauerkämper, Arnd. 1999. Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren. In *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. (Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, Band 4; Zeithistorische Studien, Band 15)*, ed. Hübner, Peter, 37-65. Köln / Weimar / Wien.
- Bauerkämper, Arnd. 1997. Die tabuisierte Elite. Problembereiche, Fragen und Hypothesen der historischen Forschung über Führungsgruppen der DDR. In *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 9*: 19-33.
- Beyme, Klaus von. 1993. Regime Transition and Recruitment of Elites in Eastern Europe. In *Regime Transitions, Elites, and Bureaucracies in Eastern Europe* (Governance Vol. 6, No. 3), ed. Hans-Ulrich Derlien and George J. Szabrowski, 409-425. Oxford.
- Danyel, Jürgen. 1999. Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten. In *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. (Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, Band 4; Zeithistorische Studien, Band 15)*, ed. Hübner Peter, 67-85. Köln / Weimar / Wien.
- Frei, Norbert in Zusammenarbeit mit Tobias Freimüller, Marc von Miquel, Tim Schanetzky, Jens Scholten, Matthias Weiß. 2001. *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*. Frankfurt / New York.
- Imbusch, Peter. 1999. Politische und ökonomische Eliten in gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Über den Erhalt, Verlust und die Transformation von Macht. In *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR* (Reihe „Soziologie der Politik“, Band 2), ed. Stefan Hornbostel, 267-287. Opladen.
- Kocka, Jürgen. 07.10.1994. Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. In *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“*, B 40/94: 34-45.
- Kocka, Jürgen. 1994. Eine durchherrschte Gesellschaft. In *Sozialgeschichte der DDR*, Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Helmut Zwahr, 547-553. Stuttgart.
- Kuhlemann, Jens. 2005. *Braune Kader. Ehemalige Nationalsozialisten in der Deutschen Wirtschaftskommission und der DDR-Regierung (1948-1957)*. (Band 1: Soziales, Bildung und Beruf; Band 2: Politische Orientierungen; Band 3: NS-belastete hohe Staatsfunktionäre.) Dissertation, Universität Jena.
- Ludz, Peter Christian. 1968. *Partieelite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*. (Schriftenreihe des Instituts für Politische Wissenschaft, Band 21). Köln u.a.
- Lüdtke, Alf. 1994. „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In *Sozialgeschichte der DDR*, ed. Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Helmut Zwahr, 188-213. Stuttgart.

- Niethammer, Lutz. 1972. *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitation unter amerikanischer Besatzung*. Frankfurt am Main.
- Sauer, Martina. 1997. Durchsetzungsfähigkeit und Kooperationspotential von Eliten als Bausteine der Elitenintegration. In *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, ed. Wilhelm Bürklin et. al., 285-320. Opladen.
- Schneider, Eberhard. 1994. *Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura* (Studien zur Sozialwissenschaft, Band 139). Opladen.
- Welzel, Christian. 1997. Rekrutierung und Sozialisation der ostdeutschen Elite. Aufstieg einer demokratischen Gegenelite? In *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, ed. Wilhelm Bürklin et. al., 201-238. Opladen.
- Wilson, Graham K. 1993. Counter Elites and Bureaucracies. In *Regime Transitions, Elites, and Bureaucracies in Eastern Europe* (Governance Vol. 6, No. 3), ed. Hans-Ulrich Derlien and George J. Szabrowski, 426-437. Oxford.